

Subject: Völkerrecht - humanitäre Operationen und Embleme
From: Diplo - ANACOK <diplo@anacok.eu>
Date: 07.03.2022, 08:15
To: ".ISTA POL-3 Dege, Paul" <pol-3@ista.auswaertiges-amt.de>
BCC: Andy Ankora <andy.ankora@gmail.com>, Irene Müßner <gdm-nord-info@mail.ru>, ar@anacok.eu

Wertgeschätzter Paul DEGE,

teilen sie das Vorgangskennzeichen der Mail-Anforderung vom 03.03.2022 mit, da sie offensichtlich und offenkundig einen Suchbescheid (im Erfolg des Suchauftrages) erlassen haben, lesen und eantworten die zwingenden Fragen und setzten sie die Rechtsvorschriften der Schutzmacht um.

Sind sie eigentlich im Völkerrecht geschult und ausgebildet?

Ich weise sie ausdrücklich darauf hin, daß sie unter falscher Flagge (Menschenrecht) in Kriegszeiten nicht handeln dürfen, wenn sie die Anforderungen in falscher Uniform (Menschenrecht) nicht erfüllen. Ihre Staatenimmunität gilt nicht im Völkerstrafrecht, denn sie sind nicht Völkerrecht, sondern dem Völkerrecht unterworfen!

Ich verweise auf Art. 3 (b) WüD, da in den Grenzen des Völkerrechtes gehandelt werden muß. Wenn sie nicht im Völkerrecht geschult sind, dürfen sie im Konsulat nicht tätig sein, weil sie die Betriebserlaubnis für die juristische Person nicht haben und besitzen. Ihre Tätigkeit ist nicht versichert, denn Krieg ist eine Privatsache. Sie dürfen also in Wort, Bild und Ton keine Meinung haben (Art. 17a Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland). Sie dürfen nur Verwaltungsakte nichtverfassungsrechtlicher Art in § 40 VwGO machen. Sie begehen Rechtsbeugung und Kriegsverbrechen, und die Jurisfiktion ist in Art. 3, 30-32 UN-RES 56/83 sowie §§ 40, 41 ZPO in der Kollision für den nichtvermögensrechtlichen Anteil unzuständig.

Wissen sie nicht, daß durch negatives Tun und Unterlassung die Staatshaftung entsteht und das Prinzipalsystem gilt. Sie sind für mich die Bundesrepublik Deutschland in UN-RES 56/83 und sind dem Völkerrecht zwingend (als Feindstaat in Art. 53, 107 UN-Charta) unterlegen. Sie können als Konsularangestellter sogar die Kapitulationserklärung durch Tun oder Unterlassung herbeiführen, aber keine Meinung haben oder abgeben. Sie haben mit ihrer Meinung das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft gesetzt.

https://de.wikipedia.org/wiki/Regierung_D%C3%B6nitz

Jede Konflikt gegenüber humanitären Operationen und Emblemen ist ein Kriegsverbrechen (§§ 8-13 VStGB). Ich habe sie nicht gefragt, ob das Generalkonsulat über die Mittel verfügt!

Sie haben in ihrer Rabulistik die Anforderung nicht verstehen wollen. Es sind 15 Mio. Euro Soforthilfe zu leisten (noch keine Entschädigung gemäß Art. 30-32 UN-RES 56/83)!

ANAÇOK Stiftung

Kontobezeichnung:

Vakif Bank - [TR-34153] Istanbul/Florya:

Bankcode: 0448 - Swiftcodu: TVBATR2AXXX

- € - Euro TR98 0001 5001 5804 8019 4166 25
- ₺ - Türk Lira TR16 0001 5001 5800 7312 7646 64
- \$ - US-Dollar TR22 0001 5001 5804 8019 4166 35

Den Konflikt zwischen Ukraine und Rußland kann und darf nur der Zivilschutz in Art. 1, 12 Genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 im Recht der Verträge – SR 0.111 des Art. 3 Wiener Abkommens (WüD) über diplomatische Beziehungen – SR 0.191.01 nur innerhalb der völkerrechtlich zulässigen Grenzen des Zivilschutzes machen. Derzeit ist die Bundesrepublik Deutschland am Kriegsverbrechen beteiligt, weil die Voraussetzungen und Verpflichtungen (Schulung und Kriegswaffengesetz) nicht erfüllt und gegen sie verstoßen wurden.

Wir möchten Sie bitten, wir verpflichten das Außenministerium, die 15 Mio. Euro auf das Konto der ANACOK-Stiftung sofort zu überweisen. Menschenrechtskommissare, Menschenrechtsbeistände, Menschenrechtsverteidiger und Helfer aus der Bundesrepublik Deutschland sowie aus den Balkanländern, der Ukraine sowie Rußland werden sich um die Flüchtlinge kümmern müssen. Sie werden verpflichtet mit der Schutzmacht des Zivilschutzes unmittelbaren Kontakt aufzunehmen und die Rechtsvorschriften im Überleitungsvertrag zu beachten.

Wurde das per Mail beigefügte Ersuchen in Art. 12 Genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 vom 03.03.2022 weitergeleitet und kennen Sie das Völkerstrafrecht?

Teilen Sie mit, ob Sie als Verantwortlicher in UN-RES 56/83 in Vertretung für die Bundesrepublik Deutschland die mit absoluter Beweiskraft unterzeichneten und apostillierten Ratifikationsurkunden in der Anlage der Schutzmacht leugnen!

Andernfalls muß ich als Delegation der Schutzmacht im zwingenden Völkerrecht der öffentlichen Ordnung gemäß Art. 1 (3), 3 Überleitungsvertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen

(Überleitungsvertrag in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung amtlicher Text, BGBl. 1955 11 S. 405.)

meine Rechtsvorschriften erlassen, da Sie mich in Kollisionen und Konflikten von Feind- und Streithandlungen nicht in die innere Justiz bringen dürfen. Gerichtliche Entscheidungen wären ohnehin von deutschen „Gerichten“ keine Rechtsvorschriften in Art. 1 (3) ÜLV.

Beweis: EGMR 7552901 - https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Menschenrechtskonvention

...] so erinnert der Gerichtshof daran, dass die Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht nicht als wirksame Beschwerde im Sinne des Artikels 13 der Konvention angesehen werden kann und ein Beschwerdeführer demnach nicht verpflichtet ist, von diesem Rechtsbehelf Gebrauch zu machen, auch wenn die Sache noch anhängig ist (Sürmeli ./ Deutschland [GK], Nr. 75529/01, Rdnrn. 103–108, CEDH 2006-...) oder bereits abgeschlossen wurde (Herbst ./ Deutschland, Nr. 20027/02, 11. Januar 2007, Rdnrn. 65–66).“

– EGMR-Beschluss – 10/05/07: Rechtssache Skugor gegen Deutschland (Individualbeschwerde Nr. 76680/01)

Bestreiten Sie auch EGMR 75529/01 wegen Stillstand der Rechtschuldpflege in § 245 ZPO in Folge von Kriegszustand und deutscher Bundestag WD2 3000-175/2007 als Abwesenheit oder Ausfall des Staates (Art. 9 UN-RES 56/83)?

Im Überleitungsvertrag ist immer noch gültig:

Erster Teil: Artikel 1 Absatz 1 Satz 1 bis „... Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern“ sowie Absätze 3, 4 und 5, Art. 2 Abs. 1, Art. 3 Abs. 2 und 3, Art. 5 Abs. 1 und 3, Art. 7 Abs. 1 und Art. 8. Dritter Teil: Art. 3 Abs. 5 Buchstabe a des Anhangs, Art. 6 Abs. 3 des Anhangs. Sechster Teil: Art. 3 Abs. 1 und 3. Siebter Teil: Art. 1 und Art. 2. Neunter Teil: Art. 1. Zehnter Teil: Art. 4.

Ich darf also nicht nur Rechtsvorschriften erlassen, sondern auch in Art. 25 GG als Bundesrecht die Bundes- und Landesgesetze aufheben oder ändern.

Art. 2 Überleitungsvertrag gilt unter allen Umständen anzuwenden und die Einhaltung durchzusetzen. Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach innerstaatlichem deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.

Die Ratifikationsurkunde ist von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet und beim Bundesrat der Schweiz unter den Postverfolgungsnummern hinterlegt worden. Gemäß Art. 154, 158 genfer Abkommen gilt sie mit absoluter Beweiskraft (§§ 245, 291, 415, 444, ZPO) im haager Abkommen abkommen im Recht der Verträge - SR 0.111 unmittelbar, da der Ukraine Konflikt mit Rußland seit 10 Jahren andauert.

Wir erwarten unverzüglich ohne Verzögerung die Überweisung des Erstabschlages, da die Bundesrepublik Deutschland wie in EU-Amtsblatt 2009/C 303/06 das zwingende genfer Abkommen verletzt hat. Sie müssen laut EU (Anlage Barosso) diese Gelder zur Verfügung stellen. Sie sind nach dem Prinzipalsystem der Bundespräsident, der Bundeskanzler und die Bundesrepublik Deutschland und sogar die europäische Union in Art. 1-9 Un-RES 56/83 für mich. Sie dürfen in Art. 25 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sowie in Art. 73 UN-Charta diese Hilfe nicht verweigern, da sie es selbst verursacht haben. Sie sind als Konsularangestellter auch nicht Grundrecht befugt und nicht Grundrecht berechtigt (BVerfGE 1 BvR 1766/2015), sondern nur Grundrecht verpflichtet. Sie sind nicht mein Richter.

Sie können zwar gegen EU-Amtsblatt 2009/C 303/06 die Waffen liefern, aber den prelateralen Schaden nicht bezahlen. Es geht nicht um bilaterale Sachschäden, sondern um prelaterale positive Vertragsverletzungen als außervertragliche Schuldverhältnisse, da im Krieg zivilisten nicht getötet oder verletzt werden dürfen.

Gerichtstandsverpflichtung:

http://akademie-menschenrecht.org/files/2021_11_10-DE-GdM-CHB-ANKARA---Satzung--0000-Core---LB.pdf

http://akademie-menschenrecht.org/files/2021_11_10-EN-GdM-CHB-ANKARA---Satzung--0000-Core.pdf

**Court of the Human Beings (CHB)
for Protection Power (PP) & CIA**

Atatürk Bulvarı No:185,
[TR-06680] Ankara /TURKEY

mit der gebührenden Wertschätzung

Prof. Mustafa Selim SÜRMELI - Schutzmacht im Zivilschutz

On 03.03.2022 11:34, .ISTA POL-3 Dege, Paul wrote:

Sehr geehrter Herr Prof. Sürmeli,

leider verfügen wir als Generalkonsulat nicht über die von Ihnen geforderten Mittel.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Suche.

Mit freundlichen Grüßen

Paul Dege



Paul Dege
Konsul/Referent für Menschenrechte
Konsolos/İnsan Hakları Görevlisi
Consul/Human Rights Officer
İnönü Caddesi 10
34437 Gümüşsuyu - Beyoğlu - İstanbul
Email: pol-3@ista.auswaertiges-amt.de

ÜSAVE PAPER - THINK BEFORE YOU PRINT

Von: Diplo - ANACOK <diplo@anacok.eu>

Gesendet: Donnerstag, 3. März 2022 10:16

An: .ISTA POL-3 Dege, Paul <pol-3@ista.auswaertiges-amt.de>

Betreff: Fwd: AW: Völkerrecht - humanitäre Operationen und Embleme

Wertgeschätzte Damen und Herren der Bundesrepublik Deutschland in Vertretung,

die ANAÇOK-Kinderstiftung ist eine nichtwirtschaftliche Nichtregierungsorganisation, die zu allseitiger Erfüllung der durch das gesellschaftliche Bekenntnis gestellten Hilfe - und Schutzaufgaben im zwingenden Völkerrecht der öffentlichen Rechtsordnung für den Schutz von Menschen ausdrücklich bestimmt ist. Die Vorrechte und Immunitäten der ANAÇOK-Kinderstiftung für die Operationen und Embleme ergeben sich nicht aus der Staatenimmunität, sondern auf Grund der völkerrechtlichen Immunitäten und Vorrechte, die in der Regel ohne Ausnahme für solche juristischen Personen des öffentlichen Rechtes deklaratorisch gelten, die von der Opferhilfe in der natürlichen Rechtschutzordnung, -im Recht der Verträge - SR 0.111 übertragenen Rechttätigkeit unmittelbar einen durch bestimmte Grundrechte und Grundfreiheiten zwingend völkerrechtlich geschützten öffentlichen Ordnungsbereich-, zugeordnet sind.

Selbstverständlich wurde das Anliegen im Gespräch konkret erklärt. Da das Personal der deutschen Botschaften und der Konsulate im zwingenden Völkerrecht weder geschult noch ausgebildet sind, entstehen in Folge die unmißverständlichen „Unverständlichkeiten“, denn Deligierungen des Völkerechtes mit bevorrechtigten Immunitäten und Vorrechten im Verfassungsschutzvorrang (Art. 90 (4) türkische Verfassung oder Art. 25 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland) stehen im Recht über den Diplomaten mit Staatenimmunitäten.

Im Völkerstrafrecht gibt es keine diplomatische Staatenimmunität. Staaten sind problemorientiert, Delegationen mit humanitären Operationen und Organisations-Emblemen sind lösungsorientiert. Sie können also Kriege mit Diplomatie nicht lösen. Alles was politisch im Ergebnis zum Krieg führt, müssen humanitäre Operationen und Embleme in den Grenzen des Völkerrechtes vor wahren oder nach dem Krieg lösen (Art. 3 (b) WüD), so der zwingende Vertrag.

Und so kommt es zu den Kollisionen und Konflikten mit dem Zivilschutz. Seit Monaten schreiben wir das Konsulat und die Botschaft an. Die Abwesenheit oder Ausfall der staatlichen Stellen in Art. 9 UN-RES 56/83 und deutscher Bundestag WD2 3000-175/2007 ist Kriegszustand. Die Regeln des zwingenden Völkerrechtes sind in der öffentlichen Ordnung anzuwenden, und daher müssen in Art. 3 (b) Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen (WüD) in den Grenzen des zwingenden Völkerrechtes der öffentlichen Ordnung die humanitären und karitativen Organisationen zur Lösung der Probleme freien Zugang zu den Botschaften und Konsulate in Art. 142 Genfer Abkommen IV haben.

Wir haben sie am 04.01.2022 angeschrieben, und wahrscheinlich wäre der Krieg in der Ukraine zu verhindern gewesen, wenn sie reagiert hätten, denn Abwesenheit oder Ausfall der diplomatischen Beziehungen ist Krieg (WD 2 3000-175/2007 deutscher Bundestag). Sie machen unmißverständlich als Konsulat das Kriegsverbrechen in §§ 8-10, 13 VStGB gegen die ANACOK-Stiftung und behindern unsere Tätigkeit im Zivilschutz.

Bestimmte ernste Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht gelten als Kriegsverbrechen. Kriegsverbrechen können unter den gleichen Umständen wie Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auftreten, aber — anders als Kriegsverbrechen — müssen letztere nicht mit einem bewaffneten Konflikt einhergehen

Gemäß Amtsblatt der europäischen Union in 2009/C 303/06 hat die Bundesrepublik Deutschland die Waffen in das Kriegsgebiet der Ukraine verbracht und in Folge hat Rußland die Atomwaffen aktiviert und eine Massenflucht ausgelöst, anstatt zuletzt seit dem 08.02.2022 uns vor den Toren der deutschen Botschaft in Ankara den Termin für Gespräche in Friedenszeiten zu führen. Durch die Waffenlieferung ist die Bundesrepublik Deutschland aktiv am Krieg beteiligt. Alle EU-Mitgliedstaaten sind zwingende Vertragsparteien der Genfer Abkommen und ihrer Zusatzprotokolle und daher durch sie gebunden.

Im EU-Amtsblatt 2009/C 303/06 Randziffer (i) ist verbindlich zu Waffenausfuhr erklärt, daß im Standpunkt 2008/944/GASP des Rates betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern vorgesehen ist, daß zunächst geprüft werden muß, inwieweit ein Staat das humanitäre Völkerrecht beachtet, bevor eine Genehmigung der Ausfuhr in diesen Staat erteilt wird. Sie verstoßen also gegen Art. 3 (b) WüD in der gesamten Linie des zwingenden Völkerrechtes, denn im EU-Amtsblatt 2009/C 303/06 Randziffer (h) ist verbindlich erklärt, Schulung und Ausbildung im humanitären Völkerrecht ist erforderlich, um die Beachtung von dessen Normen in Zeiten eines bewaffneten Konflikts sicherzustellen. Schulung und Ausbildung müssen auch in Friedenszeiten stattfinden. Dies gilt für die gesamte Bevölkerung, wenn auch einschlägigen Personengruppen, wie Polizei- und Strafverfolgungsbeamten, besondere Aufmerksamkeit zukommen muß. Zusätzliche Erfordernisse gelten für die Ausbildung im militärischen Bereich, also auch für das Außenministerium und für die Außenministerin, die mit gefakten Erklärungen sich zum Menschenrechtlerin behauptet und keine Ahnung hat, was oder wovon sie spricht.

„Die EU sollte in Erwägung ziehen, Finanzmittel für Schulung und Ausbildung im humanitären Völkerrecht in Drittländern zur Verfügung zu stellen, und zwar unter anderem im Rahmen umfassenderer Programme zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit“.

Da diese ganzen Verpflichtungen im Völkerrecht nicht eingehalten und durchgeführt worden sind, können sie auch meine gestrige Sprache des zwingenden Völkerrechtes der öffentlichen Ordnung nicht verstehen und deswegen ist es zu den bewaffneten Konflikten und der Flucht natürlich gekommen.

Zur Staatshaftung im Völkerrecht gilt, daß „im Völkerrecht der Staat, dessen Haftung wegen Verstoßes gegen eine völkerrechtliche Verpflichtung ausgelöst wird, ebenfalls als Einheit betrachtet wird, ohne daß danach unterschieden wird, ob der schadensverursachende Verstoß der Legislative, der Judikative oder der Exekutive zuzurechnen ist (EuGH- 224/01, Rz. 44, Urteil Brasserie du pêcheur und Factortame (Randnr. 34)).

Art. 25 GG: Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetz –Zivilschutz im Genfer Abkommen

Das Verhalten eines jeden Staatsorgans ist als Handlung des Staates im Sinne des Völkerrechts zu werten, gleichviel ob das Organ Aufgaben der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt, der Rechtsprechung oder andere Aufgaben wahrnimmt, welche Stellung es innerhalb des Staatsaufbaus einnimmt, und ob es sich um ein Organ der Zentralregierung oder einer Gebietseinheit des Staates handelt. Ein Organ schließt jede Person oder Stelle ein, die diesen Status nach dem innerstaatlichen Recht des Staates innehat. Bundesrepublik Deutschland ist jede Person oder Personengruppe, die im Namen und im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland aktiv oder passiv, direkt oder indirekt, öffentlich oder privat in der Staatenverantwortlichkeit auftritt (Art. 1-11 UN-RES 56/83).

Dieselben Probleme haben wir auch in der Türkei, wo die Bediensteten in den Behörden keine Ahnung in Völkerrecht und Diplomatie wie eine Massenwahrnehmungsstörung haben was sie dort machen.

Die ANACOK-Stiftung benötigt 15 Millionen Euro für die Sicherheit der Menschen, insbesondere Kinder, Frauen und alte Menschen, um mit Bussen die Menschen vor drohenden Gefahren der psychologischen und physischen Gewalt unter Androhung von Atomwaffen in Sicherheit zu bringen. Wie hoch die Summe letztendlich mit Hospitalisierung werden wird ist unklar, denn die Bundesrepublik Deutschland hat die Waffen geliefert und gegen das genfer Abkommen unzweifelhaft verstoßen.

ANAÇOK Stiftung

Kontobezeichnung:

**Vakif Bank - [TR-34153] Istanbul/Florya:
Bankcode: 0448 - Swiftcodu: TVBATR2AXXX**

- € - Euro TR98 0001 5001 5804 8019 4166 25
- ₺ - Türk Lira TR16 0001 5001 5800 7312 7646 64
- \$ - US-Dollar TR22 0001 5001 5804 8019 4166 35

Den Konflikt zwischen Ukraine und Rußland kann und darf nur der Zivilschutz in Art. 1, 12 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 im Recht der Verträge – SR 0.111 des Art. 3 wiener Abkommens (WüD) über diplomatische Beziehungen – SR 0.191.01 nur innerhalb der völkerrechtlich zulässigen Grenzen des Zivilschutzes machen. Derzeit ist die Bundesrepublik Deutschland am Kriegsverbrechen beteiligt, weil die Voraussetzungen und Verpflichtungen (Schulung und Kriegswaffengesetz) nicht erfüllt und gegen sie verstoßen wurden.

Wir möchten sie bitten, wir verpflichten das Außenministerium, die 15 Mio. Euro auf das Konto der ANACOK-Stiftung sofort zu überweisen. Menschenrechtskommissare, Menschenrechtbeistände, Menschenrechtverteidiger und Helfer aus der Bundesrepublik Deutschland sowie aus den Balkanländern, der Ukraine sowie Rußland werden sich um die Flüchtlinge kümmern müssen. Sie werden verpflichtet mit der Schutzmacht des Zivilschutzes unmittelbaren Kontakt aufzunehmen und die Rechtsvorschriften im Überleitungsvertrag zu beachten.

Gleichzeitig ist der beigelegte Brief an das Außenministerium Rußlands auf dem diplomatischen Weg im Rahmen der Amtshilfe zu übersenden, damit unmittelbar ein Gipfeltreffen in Istanbul stattfinden kann. Die Bundesrepublik Deutschland kann schwer die eigenen diplomatischen Urkunden nach dem wiener Abkommen im Recht der Verträge mit absoluter Beweiskraft nach der Apostille des haager Abkommens für das genfer Abkommen unmöglich in Abrede stellen wollen.

Ich bitte um direkte Kontaktaufnahme unter 0090-5432-66-8884 in Istanbul. Die Gerichtstandschutzverpflichtung CHB-GdM ist in Ankara.

mit besten Wünschen

Prof. Mustafa Selim SÜRMELI – ECHR 75529/01

----- Forwarded Message -----

Subject:AW: Völkerrecht - humanitäre Operationen und Embleme

Date:Thu, 3 Mar 2022 05:55:58 +0000

From:.ISTA POL-3 Dege, Paul <pol-3@ista.auswaertiges-amt.de>

To:diplo@anacok.eu <diplo@anacok.eu>

Sehr geehrter Herr Prof. Sürmeli,

Sie riefen gestern unser Notfalltelefon an, allerdings ohne ein konkretes Anliegen zu formulieren.

Bitte teilen Sie mir Ihr Anliegen per Mail mit.

Beste Grüße

Paul Dege



Paul Dege
Konsul/Referent für Menschenrechte
Konsolos/İnsan Hakları Görevlisi
Consul/Human Rights Officer
İnönü Caddesi 10
34437 Gümüşsuyu - Beyoğlu - İstanbul
Email: pol-3@ista.auswaertiges-amt.de
ÜSAVE PAPER - THINK BEFORE YOU PRINT

Von: diplo@anacok.eu [<mailto:diplo@anacok.eu>]

Gesendet: Dienstag, 4. Januar 2022 09:00

An: Informationen Istanbul

Betreff: Völkerrecht - humanitäre Operationen und Embleme



ANAÇOK

ANADOLU ÇOCUK YARDIM EĞİTİM KÜLTÜR SAĞLIK VAKFI
ANATOLIAN CHILDREN AID EDUCATION CULTURE AND HEALTH FOUNDATION
ANATOLISCHE KINDERHILFE BILDUNGS- KULTUR- UND GESUNDHEITSTIFTUNG

c/o Bağımsız Organizasyonlar Merkezi - Center of Independent Organizations

Şenlikköy Mah., Yunus Emre Sok. No. 4, Kaya-Apart - 1. Daire

| TR-34153| FLORYA BAKIRKÖY / İSTANBUL

034296 Küçükçekmece Vergi Dairesi - Vergi/Tax No: 0691184615

Vakıf Bank - [TR-34153] Istanbul/Florya:

Bankcode: 0448 Swiftcodu: TVBATR2AXXX

İ - Türk Lira TR16 0001 5001 5800 7312 7646 64

S - US-Dollar TR22 0001 5001 5804 8019 4166 35

€ - Euro TR98 0001 5001 5804 8019 4166 25

Zentralruf 0049-4141-8064325 Fax 0049-4141-8066149

Mob: +90-543-266-8884 @Mail: public@anacok.eu

Wertgeschätzte Damen und Herren!

Die ANAÇOK-Kinderstiftung ist eine nichtwirtschaftliche Nichtregierungsorganisation, die zu allseitiger Erfüllung der durch das gesellschaftliche Bekenntnis gestellten Hilfe - und Schutzaufgaben im zwingenden Völkerrecht der öffentlichen Rechtsordnung für den Schutz von Menschen ausdrücklich bestimmt ist. Die Vorrechte und Immunitäten der ANAÇOK-Kinderstiftung für die Operationen und Embleme ergeben sich nicht aus der Staatenimmunität, sondern auf Grund der völkerrechtlichen Immunitäten und Vorrechte, die in der Regel ohne Ausnahme für solche juristischen Personen des öffentlichen Rechtes deklaratorisch gelten, die von der Opferhilfe in der natürlichen Rechtsschutzordnung, -im Recht der Verträge - SR 0.111 übertragenen Rechttätigkeit unmittelbar einen durch bestimmte Grundrechte und Grundfreiheiten zwingend völkerrechtlich geschützten öffentlichen Ordnungsbereich-, zugeordnet sind. Wir sind im zwingenden Völkerrecht der öffentlichen Rechtsordnung geschult und ausgebildet.

Unser völkerrechtlicher Auftrag ergibt sich aus dem öffentlichen türkischen Bundesanzeiger im Internet und der Anlage vom 02.08.2021:

Urkunden:

Dokument: Bakırköy 3. Asliye Law Court , Ausfertigung 25.01.2021,
 Entscheidung vom 04.12.2020, Eintragung vom 10.11.2020 Nummer E:2020/204, K:2020/508.

öffentlicher TC. Bundesanzeiger <https://www.resmigazete.gov.tr/ilanlar/eskiilanlar/2021/02/20210201-4-3.pdf>

In Art. 1-12, 132, 140, 142-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 ist die ANACOK-Hilfestiftung zur Amtshilfe im zwingenden Völkerrecht verpflichtet.

Wir möchten wegen Konflikten und Kollisionen die Gerichtstandsverpflichtung in der Restitution im zwingenden Völkerrecht der öffentlichen Ordnung bei außervertraglichen Schuldverhältnissen klären. Setzen sie sich wegen einem dringenden Termin in Verbindung.

Beachten sie, daß humanitäre Operationen und Embleme nicht behindert werden dürfen. Wir wünschen uns die Gesprächspartner mit völkerrechtlichem Wissen (nicht Völkergewohnheit (Soft Law), sondern

zwingendes Völkerrecht in der öffentlichen Ordnung (Hard Law)).

Telefon direkt: 0090-5432-66-8884

Fax: 0090-212-624-3209

@Mail: diplo@anacok.eu

Mit der gebührend gebotenen Werteinschätzung!

S. SÜRMELI, ANACOK

— Attachments: —

Ratifikation Schutzmacht.pdf	224 KB
2007_09_17 EU Kommission Barroso -2007-A_3501 SYB2007-AA1675-B-1-RT.pdf	36,0 KB